

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizeipaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zehntellen 30 Pfg.

Fünfundzwanzig Jahre Organisation der Konditoren- und Süßwarenarbeiterschaft!

Am 1. Oktober waren 25 Jahre verflossen, seitdem in Hamburg eine kleine Anzahl fortgeschrittener Arbeiter aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenbranche mit dem Entschluß, die Errichtung einer Zentralorganisation auf moderner gewerkschaftlicher Grundlage für ihre Kollegen zu wagen, die Kollegen waren zum Teil frühere Mitglieder des Hamburg-Altonaer „Konditor-Gehilfenvereins von 1878“ und hatten zunächst drei Jahre zuvor einen neuen Lokalverein gegründet, weil ihnen der alte nicht für alle Gruppen der Berufskollegen, besonders nicht für die in den Fabrikbetrieben tätigen, geeignet erschien, und weil er in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht seine Hauptaufgabe erblickte. Als dann 1889 in Hamburg auch der (1888 gegründete) Hirsch-Dundersche Gewerbeverein auf den Plan trat, glaubten die Mitglieder des neuen Vereins, diese Zentralorganisation werde ihren Wünschen und Ansprüchen entsprechen, und sie gingen allmählich zu ihm über. Das Verhalten des Gewerbevereins gegenüber einem Streik der Münchener Lebküchler, sowie ungenügende Aufklärungsarbeit, Abhandnahme von einer schicksalhaften Eingabe an den Reichstag betreffs Einschränkung der Sonntagsarbeit und anderes lehrten unsere Freunde aber bald, daß sie sich getäuscht hatten. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit einem Protest gegen den Gewerbeverein, und es kam zur Gründung einer „Freien Vereinigung“. Hierzu meldeten sich zwar gleich gegen 80 Mann; aber es verblieb dann schließlich nur sieben! Das waren aber Kollegen, die schon mehr Einfluß in die freie Gewerkschaftsbewegung genommen hatten. Hamburg war ja unter dem Sozialistengesetz der Stützpunkt dieser Bewegung geworden, hier lag die Leitung, und in den letzten Jahren des Ausnahmegesetzes hatten die Organisationen bereits wieder einen erheblichen Aufschwung zu verzeichnen. Die „Freie Vereinigung“ nahm sich diese also zum Vorbild. Einen größeren Einfluß auf die Kollegen schaffte sie dann, als zur selben Zeit sich unter den Konditoren im ganzen Lande — allerdings wieder in erster Linie unter den Backgehilfen — eine lebhaftere Bewegung geltend machte. Die Meister versuchten damals, auf Anstoß der Dresdner Innung hin, durch rigorose Verhaftungsmaßnahmen die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, süddeutsche Gehilfenvereine hielten Konferenzen ab, Aufrufe zur Gründung eines außerhalb des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins stehenden Verbandes wurden erlassen, und schließlich kam es von Köln aus zur Einberufung eines Kongresses nach Leipzig, zu dessen Vorbereitung alle Kollegenkreise aufgefordert wurden. Jedoch schon der Geist, der aus der Einladung sprach, hätte die Hamburger Pioniere sofort wieder auf, wohin die Reise gehen sollte; wurde doch in ihr gleich von vornherein jede Ermöglichung besserer Arbeitsverhältnisse durch einen Ausstand abgeschworen. Der sogenannte „Kölner Verband“ kam dann zwar zustande, verschwand aber nach ein paar Jahren wieder von der Welt.

Die „Freie Vereinigung“ hatte sich unter diesen Umständen von dem Kongress und dem späteren Verband ferngehalten. Sie hatte sich vielmehr ein Statut gegeben, das in seinen Tendenzen ganz den Auffassungen der modernen Gewerkschaftsbewegung entsprach, und sie nahm dann auch den entschiedenen Prinzipienkampf gegen die anderen Strömungen auf. Man suchte natürlich vor allen Dingen nach auswärtigen Gesinnungsgenossen innerhalb der Kollegenenschaft, benutzte hierzu die Arbeiter- und Handpresse, und es meldeten sich zuerst Stimmen aus den Vereinen von Nürnberg, Halle und Breslau. Auf den Vorschlag der Hamburger, am 1. Oktober 1891 einen Verband ins Leben

zu rufen und ein zunächst einmal monatlich erscheinendes Organ herauszugeben, ging aber nur Nürnberg ein; es beauftragte die „Freie Vereinigung“ mit der Ausarbeitung eines Statuts und der Organgründung. Der schon ältere und bereits kampferprobte Nürnberger Verein nahm es auch auf sich, die Kosten für die ersten vier Nummern des Verbandsorgans, dem man den Namen „Die Wiene“ gab, zu tragen. Der Sitz des Vorstandes blieb in Hamburg, der Verbandsausschuß kam nach Nürnberg. Vorsitzender und Redakteur der „Wiene“ wurde Karl Voell, einer der Wenigen aus damaliger Zeit, die noch heute dem Verband angehören. Er hatte die Bewegung in Hamburg von Anfang an in der Hand gehabt, und seine unzerstörbare Fähigkeit und sein harter, entschlossener Wille führten nun auch den jungen Verband über die endlosen Klippen, die dieser in den ersten Lebensjahren durchzumachen hatte, bis zu der 1907 erfolgten Verschmelzung. Das kostete in den ersten Jahren schwere Opfer, über die fernstehende meist nicht einmal etwas erfuhren; denn die Organisation war noch lange Zeit viel zu schwach, um ihre Führer in gefährliche Stellungen bringen zu können, und unsere heutigen Mitglieder werden es sich wohl vorstellen können, wie gerade die Unternehmer der Süßwarenbranche gegen die kleine Schar Vorkämpfer wütete, die es unternahm, der gesamten Arbeiterschaft ihrer Betriebe eine Organisation zu schaffen. Es war für diese Herren der Gipfel, daß man neben dem Konditorgehilfen auch den sogenannten Hilfsarbeiter und die Arbeiterin zum gemeinsamen Kampfe gegen schrankenlose Ausbeutung erziehen wollte!

Einige Bahnhöfe konnten jedoch bald errichtet werden, wenn sie auch immer nur wenige Mitglieder umfaßten. Auf dem ersten Verbandstage 1893 in Magdeburg waren Nürnberg, Hamburg, Bernburg, Apolda, Berlin und Leipzig vertreten. Die anfängliche Mitgliederzahl von rund 400 war aber bereits wieder auf 300 gefallen, und nur ganz langsam konnte Boden gewonnen werden, wie nachfolgende kleine Zusammenstellung, die auch über das Vermögen der Hauptkasse Aufschluß gibt, erkennen läßt.

Jahr	Mitglieder	M.
1894	330	144
1895	330	182
1896	380	343
1897	452	1645
1898	440	2996
1899	661	4505
1900	786	6348
1901	814	6992
1902	982	8289
1903	1293	12124
1904	2019	10151
1905	3071	15629
1906	2594	15846

Aber trotz dieser beschränkten Kräfte und Mittel hat der Verband der Konditoren der Kollegenchaft große Dienste zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geleistet. Von 1898 bis 1906 gab er die verhältnismäßig große Summe von M. 18 700 für Streiks und Maßregelungen aus! Das ist das beste Zeugnis dafür, daß er seine sich selbst gestellte Aufgabe mit Hingabe aller Kräfte erfüllt hat! Aber auch sein Unterstützungsweesen war mit der Zeit gut ausgebaut worden. In den ersten zehn Jahren konnten für diese Zwecke allerdings erst zusammen M. 12 688,80 ausgegeben werden, in den folgenden fünf Jahren bis 1906 stieg der Beitrag aber schnell auf M. 54 954,47.

Die schnellere Entwicklung hatte eingesetzt, seitdem der fünfte Verbandstag, der in Berlin 1902 abgehalten worden war, besonders schwerwiegende Beschlüsse gefaßt hatte. Die Beiträge waren wesentlich erhöht worden; man hatte den Verbandsvorständen angeordnet, und auch das Verbandsorgan, das der Kosten halber nach dem zweiten Verbandstage 1896 in Nürnberg unter dem Titel „Die

Einigkeit“ gemeinsam mit dem Verbands der Müller und unter dessen Redaktionsführung herausgegeben worden war, konnte nun wieder unter jenem alten Namen selbständig erscheinen. Der Vorsitzende übernahm aufs neue die Redaktion, und die Interessen der Kollegenchaft fanden im Blatte wieder eine eingehendere Behandlung. Aber in den Reihen der Mitglieder wuchs doch immer mehr die Erkenntnis, daß gegenüber der ungeheuer schnellen Entwicklung, die die ganze Süßwarenindustrie durchmachte, auch die Organisation der Arbeiterschaft sich einen viel kräftigeren Rückhalt schaffen und dem Verbands eine breitere Grundlage gegeben werden müsse. Dazu kam, daß neben der Konditorei die riesig emporschließende Keksinindustrie immer mehr Berührungspunkte mit dem Verbands der Bäckereiarbeiter zeitigte. Verschmelzungsabsichten waren schon in einem früheren Stadium bei der Kollegenchaft aufgetreten, und ein gemeinschaftlicher Verbandstag der Bäcker, Konditoren und Müller im Jahre 1897 in Gera hatte sich mit der Frage der Gründung eines Industrieverbandes beschäftigt, war aber zu keinem Beschluß gekommen. Nun aber wurde der Gedanke wieder aufgenommen, und 1907 kam er durch den Uebertritt zu dem Verbands der Bäckereiarbeiter zur Ausführung. Die gesprochene Stärkung der Organisation trat jetzt sehr bald in Erscheinung.

Wir finden organisiert im Jahre

Jahr	Konditoren	Hilfsarbeiter	Arbeiterinnen
1908	1212	790	1447
1909	1337	1324	2063
1910	1462	1740	3061
1911	1628	2411	4246
1912	1655	2407	4909
1913	1634	1979	4656

Besonders zeichnen sich die Jahre 1911 und 1912 durch einen reichen Aufstieg aus; es waren die bedeutendsten Kampfesjahre der Süßwarenarbeiterschaft. Eine ganze Reihe von Industriezentren war in Bewegung gekommen und führte wochenlange Lohnkämpfe, die, an dem Stande der früheren Zustände gemessen, überall ganz erhebliche Besserung der Arbeitsverhältnisse brachten.

Daß hinterher 1913 eine Erschlaffung eintrat, die Mitgliederzahlen wieder etwas zurückgingen, ist bedauerlich, wird aber in ähnlicher Art leider nur zu oft in der Arbeiterbewegung beobachtet und ist hier im besondern auch noch auf andere wirtschaftliche Umstände zurückzuführen.

Dann kamen allerdings die Kriegsjahre, die die Verhältnisse außer allem Vergleich stellten. Sie brachten gerade für die Schokoladen- und Zuckerwarenbetriebe den größten Umsatzzuwachs, und gegenwärtig müssen alle Fabriken angepörrt werden, um zu verhüten, daß die Meister der Organisationen in ihrer Festigkeit erhalten bleiben. Noch haben sie ihre alte Festigkeit, und sie werden sie behalten! Was verloren ging, ist wertvoller Aufbau, aber die Grundmauern stehen noch unerschüttert. Das können wir nur berechtigtem Stolze, der von aller Heberhebung frei ist, ansprechen. Gerade der Weltkrieg mit seinen furchtbaren Ereignissen hätte jedoch jedem denkenden Kollegen es einhämmern müssen, daß die Wege, die die freie Organisation der Konditoren und verwandten Berufsgruppen einschlug, die richtigen gewesen sind. Wo sind heute die Verbände und Vereine unserer Berufskollegenchaft, die in ihrem Kampfe gegen uns immer auf ihre „Selbstständigkeit“ pochten oder die sich vermaßen zu behaupten, nur der enge Kreis der „Gelehrten“ sei berufen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln? Wo sind sie und was leisten sie? Wo sind die andern Vereinigungen, die die Zugehörigkeit zu ihren Reihen von gewissen religiösen oder politischen Gesinnungen abhängig machen wollten? Wo ist wenigstens ihre Tätigkeit geblieben; wenn sie dem Namen nach auch noch vorhanden sind? Was haben sie vor allem der Kollegenchaft in der ersten Zeit nach dem Kriege zu bieten, in der doch die

Kraft zur Arbeit die erste Vorbedingung dafür ist, daß die Kollegenchaft nicht rettungslos der Willkür der Unternehmer überantwortet wird?

Nur die im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Süßwarenarbeiter haben auch noch während des Krieges eine Stütze in ihrem Verbande, und nur sie können mit Eintritt friedlicher Verhältnisse daran denken, ihre Organisationsarbeit sofort wieder mit frischen Kräften zu beginnen.

Gleiches Recht für alle Gewerkschaften.

Der Kölner Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge, der vor kurzem tagte, war, wie wir schon berichteten, auch von Gewerkschaftsvertretern sehr stark besucht. Außer den freien Gewerkschaften hatten die christlichen und östlich-dünsterischen Vereine Vertreter geschickt.

Selbstverständlich ist in dieser Erklärung keine Rede davon, daß den Gelben irgendwie unterlag werden soll, für die Kriegsbeschädigten in ihren Reihen Sorge zu tragen, man will lediglich einen Trennungsschnitt ziehen und ihnen die Möglichkeiten nehmen, sich nach außen hin als unabhängige Arbeiterorganisationen zu gebärden und sich auf diese Weise eine Stellung zu erschleichen, die ihnen nicht zukommt.

Die rein sachliche Erklärung der Gewerkschaften erregte ebenfalls Interesse unter den Gelben und ihren Schützern ein großes Mißbehagen.

Erklärung zu Protokoll, worin er zunächst dem Wünsche Ausdruck verlieh, daß in der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge alle Bevölkerungskreise zur Mitwirkung herangezogen werden sollten. Die Gewerkschaftsvertreter wollten von einem solchen Zusammenarbeiten nichts wissen und hätten die Gelegenheit benutzt, ihre Abneigung gegen die jüngsten, aber fröhlich aufstrebenden Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen.

Werbt Mitglieder! Der Verband soll bei Entscheidung der zukünftigen Berufsverhältnisse mitsprechen können!

Unterstützungsanstalten für die Familien der Kriegsteilnehmer haben die Werkvereine ferner sehr segensreich gewirkt. Die Werkvereine erscheinen vermöge ihres engen Anschlusses an die einzelnen Betriebe als besonders geeigneter für die Betätigung in der Kriegsfürsorge.

Auf Grund dieser „herorragenden“ Leistungen der gelben Werkvereine erhebt der Redner Einspruch dagegen, daß nach dem Wunsche der Gewerkschaftsvertreter die Mitarbeit der Werkvereinsmitglieder bei der Kriegsfürsorge ausgeschaltet werden solle.

Die Gelben lieben es, bei jeder Gelegenheit das Maul recht vollzunehmen und mit ihrer stets wachsenden Mitgliederzahl sowie mit den günstigen Klassenverhältnissen zu prahlen. Leider verahmten sie es regelmäßig, für dies Wachstum auch die zahlenmäßigen Belege zu bringen.

Wir wiederholen es noch einmal, daß kein vernünftiger Gewerkschafter etwas dagegen einzuwenden hat, wenn die gelben Vereine für die Mitglieder im allgemeinen und die Kriegsbeschädigten im besonderen Sorge tragen, wogegen sich die Erklärung richtet, ist lediglich der Versuch, sie als gleichwertige und gleichberechtigte Vertretungen der Arbeiterinteressen hinzustellen. Da sind nun die Gewerkschaften der verschiedenen Richtung übereinstimmend der Meinung, daß die gelben Werkvereine überhaupt keine Gewerkschaften im wahren Sinne des Wortes sind.

Kaum glaublich!

Unter dieser berechtigten Ueberschrift macht der „Gordian“ verdienstvollerweise die Zuckerwarenindustrie auf eine nachstehende Notiz in der „Deutschen Weinzeitung“ aufmerksam:

Bezüglich der Regelung des diesjährigen Zuckerbedarf für die Weinerte und den Hausbedarf wurde der von den fünf päpstlichen Weinfachverbänden nach Berlin gesandte Ausschuss am 9. dieses Monats vom Staatssekretär Herrlicher empfangen. Auch hatte er Besprechungen im Reichsamt des Innern, im Kriegsernährungsamt und bei der Reichszuckerstelle.

Eiweißbrot.

Von Dr. Hugo Kahl.

Es ist allgemein bekannt, daß man im Zeitalter der Wissenschaften des England's Nahrungsergänzungsmittel bereut, bekannt, bekannt ist, auf alle mögliche Weise Fleischersatz zu beschaffen. Das Fleisch ist unsere wichtigste Eiweißquelle. Einmahl aber haben wir zur Erhaltung und vor allem zum Aufbau unseres Organismus nötig, die Eiweißkörper und insbesondere erwerbliche Proteine.

In einer letzten früheren Mitteilung über Eiweißbrot ist auf das von mir als Eiweißbrot bezeichnete, das auch nach dem Kochen schmecken soll, als es wieder gebacken ist, genau mit dem hier auf einen Vorschlag eingegangen, der schon früher gemacht ist, nämlich auf die Erzeugung des Eiweißbrot's durch Fermentation des Brotteiges mit Hefenbrot.

sterile Gase geeignet, weil man andernfalls eine abnorme Gärung erzeugen würde. Sterile Gase ist als Nährstoff im Verdacht, als Gärstoff ist sie sehr geeignet, von einem sterilen chemischen und dem Institut für Gärungsindustrie in Berlin nach besonderem Verfahren zu erhalten.

Bäckerchemisch heißt die Verarbeitung größerer Mengen Gase nicht auf Schwierigkeiten; ich habe auf 100 Teile Weizenmehl 20 Teile Gase verwendet. Das Gasebrot ist sehr schmackhaft und bekömmlich. Gegen die allgemeine Behauptung von Bakterien sprechen nach den Arbeiten von Professor Salomon in Wien Gründe, die auf mikrobiologischem Gebiet liegen.

So merkt man das Gasebrot als Fleischmahlung ist, es weicht also Schmecken auf, die keine Bedeutung als Vollnährstoff haben, noch bestimmter.

Die Vorbereitung des Eiweißbrot's liegt aber einmal und vor allem in dem Eiweißbrot, und es ist deshalb zu vermeiden, daß erkrankte Personen angefaßt werden zur Herstellung der soeben genannten Substanzen; jedoch aber ist nicht zu übersehen, daß das Eiweiß vom Körper am besten aufgenommen wird bei gleichzeitiger Benutzung von Brot.

Der Mensch macht's.

Man hört jetzt oft, daß unsere Kinder uns in militärischen Operationen, technischen Fortschritten oder den gleichen nachzudenken, indem sie aber mit ihren Gedanken kein Glück hätten, weil die Menschen es a-u-s-machen.

Merkwürdig, wenn es gerade in die Rechnung hinpäpelt, dann ist es von Bedeutung, dieses Menschsein, Persönlichkeit, dann gilt es als praktisch und gut und wertvoll und natürlich, wenn der Mensch dort steht, wofür ihn die Natur bestimmt hat.

Wir wissen es schon lange, daß es der Mensch macht, daß zwei Sachen völlig gleich sein können, aber doch verschieden sind, weil sie einmal in den Händen eines Menschen ist, der zu der Sache gehört, während sie das andere Mal in den Händen eines unfähigen Kopfes ist.

Man gebe doch nur mal all die verschiedenen Gebiete durch. Welche prächtige Menschen gibt's da nicht in der Kunst, in der Wissenschaft, in der Technik, und wie viele sind nicht da, die äußerlich dasselbe Aussehen haben, aber nichts als Stumper sind.

Woher kommt das? Weil jetzt das Geld macht und nicht der Mensch, die Beziehungen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit und der Name, aber nicht die Persönlichkeit.

Immer und immer wieder stellt man heute an den Handlungen anderer Leute fest, daß die Menschen sind, die der Sache ihren Charakter geben. Nun, das heißt wir von uns selbst denken lernen und auch bei uns das Gefühl der Leistungen bestimmend sein lassen bei der Persönlichkeit. Dann wollen wir mal damit anfangen, nur die Leistungen überall auf die verschiedenen Seiten zu stellen und den Anfänger dabei helfen, er selbst zu sein, selbst wenn er der Lohn eines Mannes verdient, der selbst ist. Der Mensch macht's zu dem, der Mensch.

Der „Gordian“ sagt zu dieser Veröffentlichung: Die helle Freude wird dem Weinfach vielleicht noch etwas vergällt werden. Es ist kaum glaublich, daß der Vertreter des Reichsanwalts, Herr Dr. Hölzerich, unter den augenblicklichen Verhältnissen eine solche Riesenmenge von Zucker aus den Lagerbeständen wegnehmen will, um sie zu Zuckermehl umzuwandeln, mit Wein vermischt, in den Weinbotteln verschwinden zu lassen.

Der Wein dieses Jahres hat wenig Sonne bekommen; das stimmt. Er wird herbe sein; das wird auch stimmen. Aber wer keinen herben Tropfen trinken mag, der kann sich später sein Stüchlein Zucker ins Glas legen.

Später werden wir wieder mehr Zucker zur Verfügung haben als heute. Aber heute aus den knappen Zuckerbeständen 140.000 Zentner Zucker wegnehmen und damit die Weizenzeugnisse, die vielleicht erst in zwei, drei, fünf, zehn Jahren getrunken werden, verfließen zu lassen, das ist eine wirtschaftliche Maßnahme, für die uns jede Berechtigung zu fehlen scheint.

Wer richtig wirtschaftet, der würde die 1916er deutsche Traubenernte zum weitaus größten Teil als Trauben in den Städten verzehren lassen. Das Pfund zu 15 bis 20 Pf. Das hilft uns in den Monaten Oktober bis Dezember über den Berg. Wer am Tag ein oder zwei Pfund frische Weintrauben verzehrt, der kann leicht auf anderes verzichten, was knapp und teuer ist.

Fällt selbst der ganze Jahrgang 1916 später als Trümpfen aus, so ist das zu ertragen, leichter zu ertragen, als wenn es jetzt im Kriege an Nahrungsmitteln fehlt. Denn die Traube als Frischobst oder als konserviertes Obst genossen, in der großen Volksmenge tausendmal wertvoller als der mit Zuckermehl verflüchtete und vermischte Wein. Und die 140.000 Zentner Zucker, die dadurch frei würden, daß der jetzt geerntete Wein nicht gefeilt und für ferne, ferne Jahre auf Fässer und Flaschen gefüllt, in tiefen Kellern aufgespeichert zu werden braucht, die könnten in Verbindung mit anderen Stoffen und mit andern Früchten, durch das Zuckergewerbe verarbeitet, Tausende von Arbeitskräften beschäftigen und weitere Verzehrungsstoffe auf den Markt bringen. — Wird Herr Hölzerich seine Verfügung nicht noch einmal durchdenken?

Was der „Gordian“ sagt, trifft das Richtige. Tausende von Zuckermehlarbeitern und Arbeiterinnen sind durch die Rohstoffbeschränkung arbeitslos geworden, die ganze Industrie joll, trotz zufriedensstellender Ernte auch in Zukunft, wie man jetzt hört, kein Lot Zucker mehr erhalten als in den letzten Monaten, und hier werden 700 Doppelpfandwagen Zucker, eine Menge, groß genug, um mindestens die Hälfte aller unserer Betriebe im jetzigen Umfange einige Wochen im Gange zu halten, dem baldigen Verbrauch entzogen. Das ist wirklich kaum glaublich, zumal doch in der Weinindustrie von einer Entschärfung der Arbeitslosigkeit ernstlich nicht einmal gesprochen werden könnte, wenn man ihr keinen Zucker lieferte. Es liegt aber jedenfalls so, daß maßgebende Kreise meinen, Schaden zu leiden, wenn ihre gewohnte Weinmarkte einen etwas andern Geschmack aufweist — ob andere dadurch brotlos werden, läßt sie kalt.

Die Krankenversicherung in der Kriegszeit.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hielt am 2. September in Eisenach in beschränktem Rahmen einen Verbandstag ab, dessen Verhandlungen sich im wesentlichen mit den Wirkungen des Krieges auf die Krankenversicherung beschäftigten. Interessant war schon der vorliegende Jahresbericht des Verbandes. Er zählt rund 800 Kassen mit 1.875.927 Mitgliedern. Das Volksgesetz, betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 1. August 1914, das die Beiträge hinauf und die Unterstützungen herabsetzte, hat sich als unnötig erwiesen. Wegen des günstigen Krankheitsstandes und aus andern Gründen sind die Geldverhältnisse der Kassen sehr gute; erzielt die Verbandskassen doch im Jahre 1915 einen Ueberschuß von 30 Millionen Mark. Trotz aller Belehrungen haben im allgemeinen die Krankenkassen von dem Rechte der freiwilligen Beitragsversicherung nur spärlichen Gebrauch gemacht. Nach einer besonderen Erhebung wendeten 315 Krankenkassen mit 2.217.074 Mitgliedern im Berichtsjahre 1915 2.069 an Kranken- und Sterbegeldern für Kriegsteilnehmer aus. Das ist eine Mehrleistung von 12 pZt. pro Mitglied. Die Kassenverhältnisse gestalteten vielen Kassen, nicht nur die früheren Mehrleistungen wieder einzuführen, sondern auch darüber hinaus das Unterhaltungsweien auszubauen. Daneben konnten Aufwendungen für Tuberkulosebekämpfung usw. gemacht werden. 275 Kassen haben in irgendeiner Form Familienhilfe, namentlich freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen. Von den Ärzten waren 34 pZt. zum Heeresdienst eingezogen.

Die Tagung selbst war von etwa 150 Vertretern der Landesverbände besucht. Im Zusammenhang mit dem vom Geschäftsführer des Hauptverbandes, Lehmann Dresden, erstellten Geschäftsbericht wurden verschiedene Maßnahmen beraten und beschlossen. Sie verlangen eine Entschädigung von Reich für die Aufwendungen für kriegsbeschädigte Kassenmitglieder, Verbilligung der bis zu 500 pZt. im Kreise gelegenen Arzneimittel, beschleunigtes Eingreifen der Berufsvereinigungen bei Betriebsunfällen, Befestigung der Rechte der Ersatzkrankenkassen, gegen die viele Beschwerden laut werden, Gewährung von Brot und Fettzuschüssen für Schwangere, Verhandlungen mit der Reichsregierung, die Verwendung von Kassengeldern zum Besuche der Verwundeten der Kassenvereinigungen (die von den Behörden oft eingeschränkt werden) usw.

Von den übrigen Verhandlungsgegenständen sei der Bericht des Verbandesvorsitzenden, Frickhori Dresden, der erste Teil den Kassen mehr denn je hinderlich; es sei die Regelung der Kriegfrage durch einen Nachttag zur Reichsversicherungsordnung unerlässlich geworden. Herr Müller, Vorsitz für Sorge und Krankenkassen sprach von der Konjunktur a. M. Er forderte Fortführung der Reichsversicherungs durch die Krankenversicherung unter Reichsaufsicht. Die Mutter der Mutter für die Krankenversicherung unter Reichsaufsicht. Die Mutter der Mutter für die Krankenversicherung unter Reichsaufsicht. Die Mutter der Mutter für die Krankenversicherung unter Reichsaufsicht.

Was ist Krankheit behandeln? Ab. Rohm-Berlin: Er verlangte mehr Krankheitsverhütung durch Aufklärung, Pflege in Heil- und Erholungsstätten, Bäderfürsorge, Bahnpflege usw. Schließlich wurde noch über die Förderung des Kleinwohnungsbaus durch die Krankenkassen gesprochen. Empfohlen wurde die Vergabe von Hypotheken aus Kassennitteln für Kleinwohnungen. Alle diese Forderungen wurden durch Entschlüsse festgelegt. Der Tagung wohnten auch Vertreter des Reichsversicherungsamtes usw. bei.

Wirtschaftliche Bedürfnisse.

Hätte die Lehre, daß dem Ausbruch eines Krieges zwischen europäischen Großmächten der völlige Zusammenbruch des Wirtschaftslebens folgen müsse, sich eben als falsch erwiesen, so schreckte diese Erfahrung mit den Gefahren der Prophetie keineswegs ab. Schon in den ersten Kriegsmontaten traten wieder Anlässe über die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege in bestimmtester Form auf, und in der Zwischenzeit hat diese Tätigkeit an Breite noch erheblich zugenommen. Bei der Bewertung

Keine Beitragsreste!

Pünktliche Beitragszahlung ist heute mehr denn je Pflicht jedes Mitgliedes. Rückstände im Verbandsbuch sind in diesen harten Zeiten schwer wieder auszugleichen und bringen dann den Verlust der Unterstützungsberechtigung! Wer noch mit der Einziehung zum Militär zu rechnen hat, achte besonders darauf, daß er sein Buch geordnet oder Vollabrechnung zur Aufbewahrung übergibt oder dem Zentralvorstand einschickt, damit er bei seiner Wiederkehr sofort seine Rechte geltend machen kann oder ihm später kein bezahlter Beitrag verloren geht. Die Kassierer haben also im Interesse der Mitglieder jetzt zum bevorstehenden Quartalsabschluss die Beiträge restlos einzuziehen.

Haltet Eure Organisation schlagfertig!

Bei den Betrachtungen sollte man stets an die schon erwähnten prophetischen Leistungen denken, um sich klarzumachen, wie kurzfristig oft der vermeintliche Weltfriede ist. Nur ein paar Tage vor dem 4. August 1914 veröffentlichte in den Preussischen Jahrbüchern Professor Wallo eine Abhandlung über die deutsche Volksernährung im Kriege, in der es unter andern hieß: „Unter den heutigen Verhältnissen muß ein Kriegsausbruch für die Industriebevölkerung Westdeutschlands in wenigen Wochen zur Katastrophe führen, die Brotpreise würden in kürzester Zeit eine für die Masse der Bevölkerung unerträgliche Höhe erreichen. Dem könnte man ebenfalls begegnen, wenn man, wie in einer belagerten Festung sofort alle Brotkornvorräte für den Staat konfiszierte und alsdann die Rationierung für die Bevölkerung von ganz Deutschland entsprechend dem tatsächlich vorhandenen Vorrat herabsetzte. Eine große Kindersterblichkeit ließe sich freilich nicht vermeiden — auch der Hungertypus würde Opfer fordern.“ Dabei stand Professor Wallo mit seiner Anschauung nicht allein, er sprach nur eine weitverbreitete Meinung aus, die aber nichtsdestoweniger grundfests war, wie wir alle gesehen haben.

„Gehen wir einer Hochkonjunktur entgegen?“ Unter diesem Titel hat Herr Dr. Oskar Stille eine Broschüre erscheinen lassen, in der er die voraussichtliche Geschäftslage nach dem Kriege darzustellen versucht. Er tritt der Meinung entgegen, daß das Ende des Krieges den Anfang einer großen wirtschaftlichen Hochkonjunktur bedeute, um dann die Behauptung aufzustellen, daß nach dem Kriege jene Kennzeichen vorhanden sein werden, die man im Wirtschaftsleben unter der Kollektivbezeichnung „Krise“ zu bezeichnen pflegt: verminderte Kaufkraft der Massen, niedrige Löhne, Kapitalmangel und Einschränkung des Kredits, für die Waren teils niedrige, teils hohe Preise — mit einem Wort: Stagnation auf den Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit und Verschlechterung der gesamten volkswirtschaftlichen Lage im Verhältnis zu der Zeit vor dem Kriege. Mit den so vorgerratenen „Fehlstellen“ beehrt Dr. Stille denselben Fehler, den er den übertriebenen Optimisten, die den Himmel voller Geigen hängen sehen, zum Vorwurf macht.

Respektvoll ist sein Verzicht, praktische Maßnahmen von Banken und Industrieunternehmen, die eine kommende Entwicklung zuverlässig beurteilen als Beweise einer gegenteiligen, also einer pessimistischen Auffassung der Zukunft deuten zu wollen. So schreibt er: „Auf der Generalversammlung der Berliner Handelsgesellschaft, die ausgedehnte internationale Beziehungen hat, wurde die Lage dieser Bank günstig beurteilt. Reichlich ein Drittel amerikanischer Bonds waren mit großem Nutzen abgetoßen worden. Aber trotzdem wurden große Summen in Reserve gestellt. In seiner Begründung erklärte der Geschäftsführer, Herr Stiller, die vier Millionen Mark, die man zurücksetzte, betrachte man gewissermaßen als trodenes Pulver, das man für die Zeiten bereithalten wolle, die nach Eintritt des wirtschaftlichen Friedens kommen, da man jetzt nicht wissen könne, welche Schäden sich auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen würden. Die chemische Großindustrie ist bekanntlich eine unserer kräftigsten Industrien. Häufig haben wir gehört, daß diese Industrie so blühend und vor so beherrschender Stellung auf dem internationalen Markt sei, daß sie auch durch den Krieg keine Einbuße erfahren dürfte. Aber was sehen wir? Acht große Fabriken schließen im Jahr 1916 monovoluntätig zu einer riesigen, auf lange Dauer 100 Jahre berechneten Interessengemeinschaft zusammen, um ihren auswärtigen Absatz zu verteidigen.“

Wenige freiwillig unter diese Bemühungen einer Umwertung geschäftlicher Dispositionen an, die bei nicht vorzunehmender Erhöhung sich als Mittel zur Erhaltung geschwächter Widerstandskraft und erhöhter Konkurrenzfähigkeit erweisen. Das unter den acht vertriebenen Gesellschaften der chemischen Industrie die größten und merkten schon lange vor dem Kriege durch enge Interessengemeinschaften verbunden waren, hätte Herrn Dr. Stille

zu denken geben sollen, der wohl auch bisher in dem Konzentrationssprozeß der Industrie nicht ein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche, sondern wachsender Stärke zu sehen gewohnt war. Ohne Zweifel wird der Krieg die Konzentrationsbewegung wesentlich fördern; damit wird ferner auf großen und wichtigen Wirtschaftszweigen eine Einschränkung der Gründungsaktivität verbunden sein, die aber keineswegs mit Minderung der Produktivität identisch zu sein braucht. Dester schon an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in den nächsten Jahren bei Errichtung neuer Anlagen die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit weit mehr als bisher in den Vordergrund der Kritik treten muß, die Zustände in der Kali- und Zementindustrie, um die bekanntesten Beispiele herauszugreifen, zeigten zur Genüge, daß hier Verhinderung der Eröffnung neuer Betriebe volkswirtschaftliche Bereicherung bedeutet.

Schon vor Herrn Stille ist bei Betrachtungen über die voraussichtliche Gestaltung der Geschäftslage nach dem Kriege nicht selten der Fehler gemacht worden, gewisse wirtschaftliche Erscheinungen als Naturnotwendigkeiten zu nehmen, die aber bei näherem Zusehen nichts weniger als notwendig sind. Sicherlich werden die währungsrechtlichen Schwierigkeiten ungemein groß sein; auch die Wirkungen einer Verknappung des Kapitalmarktes sollen in ihrer Bedeutung keineswegs unterschätzt werden. Aber ganz willkürlich ist die Folgerung, daß die Kapitalknappung notwendigerweise zum Lohnrückgang führen müsse. Grundsätzlich dürfte Dr. Stille in seiner Annahme der Exportmöglichkeiten irren. Die größten deutschen Heberindustrie, die Maschinenindustrie, die Eisenindustrie, die Textilindustrie, die Lederindustrie, die Papierindustrie und die chemische Industrie, meint er, werden mehr oder weniger Exportschwierigkeiten haben. Auch nicht ein flüchtiger Grund ist für die Behauptung zu erbringen. Gerade die Kohlen- und Eisenindustrie wird auf dem Auslandsmarkt eine unbeschränkte Nachfrage finden, die sie außerdem in den Stand setzen wird, ohne Schwierigkeiten weit höhere Preise als in der Vorkriegszeit zu erlangen. Für Kohlen und Eisen wird für absehbare Zeit der frühere Zustand, daß die Auslandspreise billiger als die Inlandspreise waren, nicht wiederkehren, wie denn überhaupt für die Produkte der Industrie, die Dr. Stille nannte, an Schlenkerverkäufe durch irgendein Land gar nicht zu denken ist. Mit allen Verteuerungen der Produktion, die für uns in Frage kommen, werden auch die Industrien anderer Länder belästigt sein, wobei hinzukommt, daß die technisch leistungsfähigsten Industriezweige Deutschlands ihren vielfachen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz selbst im ungünstigsten Falle immer noch zu einem guten Teile behaupten werden, auch wenn im Ausland während des Krieges Fortschritte gegen früher erzielt worden sein sollten.

Unsere Einfuhr können wir in einem sehr erheblichen Maße einschränken, und nicht nur für sogenannte Luxusartikel. Mit diesem Gedanken haben sich auch die Korporationen des Handels und der Industrie, wie hier schon mehrfach erwähnt wurde, längst vertraut gemacht. Damit sind gewiß nicht alle Fäden übermunden; aber die Anbahnung normaler Verhältnisse wird dadurch wesentlich erleichtert. Voraussetzung bleibt selbstverständlich eine vorzügliche Organisation der Uebergangswirtschaft, eine planmäßige und tiefgreifende Regelung der Arbeitsverhältnisse, die den Ansprüchen der Arbeiterschaft gerecht wird, um die Kämpfe zu verhindern, die durch Ausgleich vermeidbar sind. Nicht zuletzt wird auch nach dem Kriege die Lebensmittelversorgung eine zweckmäßige Regelung erfahren müssen; in Rücksicht auf die Lohnfrage sind natürlich auch die Gewerkschaften daran besonders interessiert. Von außerordentlichen Tragweite ist gewiß die Gestaltung unserer Beziehungen zu andern Ländern, auch zu den jetzt feindlichen; gerade hier ist die Bedeutung der gleichfalls von England geführten Verhandlungen, nach dem Kriege einen Handelskrieg gegen Deutschland zu führen, sehr eindringlich betont worden. Aber schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß Deutschland auch Schritte ausführen kann, und daß deutsche Waren schon vor dem Kriege nicht um der schönen deutschen Augen willen gekauft wurden, sondern weil sie preiswert waren und der vorhandene Bedarf gedeckt werden mußte. Sehr wahrscheinlich werden die einträglichen Absatzbeziehungen sich erheblich vermindern; aber Absatz für deutsche Ware wird sich finden lassen. Wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, wird nicht am wenigsten davon abhängen, wie lange der Krieg noch dauert und wie er ausbeht. So wohl das optimistisch wie pessimistisch gestimmte Propheetentum sollte schon deshalb in seinen Betrachungen Maß halten.

Berlin, den 27. September 1916. Julius Kallst.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Essen. August Peppmüller (Duisburg), 32 Jahre alt, gefallen.
Bezirk Frankfurt a. M. Otto Widder (Cassel), 21 Jahre alt, gefallen.
Bezirk Leipzig. gefallene als gefallen: Otto Schwarz, 27 Jahre alt, im September. Karl Schulze, 22 Jahre alt, im September. Willy Liebs, 23 Jahre alt, im August.
Bezirk Stuttgart. Hans Wörner (Schramberg), gefallen am 30. Juni.
Ehre ihres Andenken!

Kartellpönderei.

Wäfer. Gotha. Am 17. September fand im „Gasthaus zur Wartburg“ eine öffentliche Versammlung statt, welche recht gut besucht war, wobei wir drei neue Mitglieder gewannen. Kollege Duo Freitag sprach über: „Deutsche Umwälzung im Verufe während des Krieges“. Bevor wir in die Tagesordnung eintraten, gedachte der Vorsitzende Vetter mit einigen Worten unseres verstorbenen Wilhelm Kahl, der Gründer unserer hiesigen Jahrestelle war.

Schreibbewegungen und Streiks.

Wittor.

Wittor & Co., Solbitz, in Sachwitz hat den Wäffern zu der zehnprozentigen Steuerzulage noch M. 2 gewährt, so daß die wöchentliche Zulage jetzt M. 5.50 beträgt.

Steuerzulagen in Wittburg. Auch die Wittburger Wäffergelassen haben sich gezwungen, von der Forderung eine Steuerzulage zu fordern. Als auf eine Eingabe keine Antwort erfolgte, besuchte eine Delegation die Verhandlungsleitung, erneut an die Forderung heranzutreten und, sollte bis zu einem bestimmten Termin wieder keine Antwort erfolgen, das Gewerkegericht anzurufen. Allerdings kam eine Antwort, aber andere als die Gehilfen erwarten durften. In dem Schreiben wurde gesagt, daß die Forderung den im Jahre 1913 abgeschlossenen Tarif nicht mehr anerkennen, da derselbe durch das Kriegsgesetz aufgehoben sei. Die Gehilfen, die nicht „zeitgemäß“ entlohnt würden, sollten ruhig zum Obermeister kommen, der werde Abhilfe schaffen. Man dachte also, die jetzige schwere Zeit eignet sich am besten dazu, den Tarif abzuhandeln. Leben vor doch am Burgfrieden — da haben die Gehilfen doch nichts zu sagen. Überhaupt anders, als man sich so schön ausgedacht hatte. Die Verhandlungsleitung das Gewerkegericht um Vermittlung an. Am 15. September fanden die Verhandlungen statt; über ihr Ergebnis unterrichtet folgendes beglaubigte Protokoll:

Wittburg, den 15. September 1916.

Sachverhandlungen im Wäffergewerke betreffend.

Gegenwärtig: 1. Ratskassier Dr. Hagen als Vorsitzender, 2. Magistratssekretär Diem als Berichtschreiber.

Es fanden sich heute ein: 1. Josef Schramberger, Gustav Klug, Eduard Zimmermann, Wäfflermeister, als Vertreter der Arbeitgeber; 2. Heinrich Götter, Gausleiter, Alfons Haugg, Hans Kassenberger, Andreas Bager, Wäfflergehilfen, als Vertreter der Arbeitnehmer.

Zwischen den Erscheinenden wurde hierauf mündlich verhandelt, und zwar hinsichtlich folgender Punkte:

- 1. Besteht der im Jahre 1913 abgeschlossene Tarifvertrag noch zu Recht, oder gilt er infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse als aufgehoben?
2. Gewährung einer Lohnerhöhung.

Das Ergebnis der Verhandlung ist folgendes:

- 1. Die Bestimmung der §§ 1 B § 3 des Tarifvertrages, wonach den Gehilfen nach einjähriger Beschäftigung drei Tage und nach zweijähriger Beschäftigung fünf Tage Ferien gewährt werden, wird auf die Dauer des Krieges aufgehoben. Dagegen erklären sich die Vertreter der Arbeitgeber bereit, bei ihren Kollegen dahin zu wirken, daß für den Bezirk auf die Ferien eine angemessene Entschädigung nach freier Vereinbarung gewährleistet wird.
2. Es werden folgende Lohnerhöhungen gewährt ab 1. Oktober laufenden Jahres (erste Auszahlung): a) für letzte Gehilfen M. 2 pro Woche, b) für zweite Gehilfen und alle übrigen Gehilfen M. 3 pro Woche.
3. Es soll keinen Nachschub bedeuten, wenn Gehilfen in einzelnen Fällen auf Wunsch vom Meister die Kost erhalten.
4. Der Tarif läuft während des Krieges unverändert weiter, er kann nach Friedensschluß mit einer vierwöchigen Frist beiderseits gekündigt werden.
5. Im übrigen wird der Tarifvertrag als zu Recht bestehend anerkannt.

B. g. u.

Die Vertreter der Arbeitgeber:
Hr. Hof Schramberger, Eduard Zimmermann, Gustav Klug.
Die Vertreter der Arbeitnehmer:
Hr. H. Götter, H. Haugg, H. Kassenberger, A. Bager.
Zur Beglaubigung: Hr. Diem.

Die Gehilfen konnten mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Es muß ferner aber noch ein Hinweis sein, daß die Organisation zu halten und für deren Ausbreitung zu sorgen. Sind wir jetzt auch nur ein kleines Häuflein, so können wir doch geschlossen unsere Rechte wahren. Wir können dann gestützt von unseren zurückstehenden Kollegen hintertreten, und die werden uns dankbar sein, wenn wir auch in der Heimat unsere Pflicht getan haben!

Sozialpolitisches.

Erhebungen über die Arbeitslohn. Im allgemeinen hat die letzte Statistik in der letzten Jahrzehnten ziemlich schlechte gemacht. Jeder wird es dabei die Lohnstatistik sehr vernachlässigt werden. Wenn wir über die üblichen Arbeitslohn-Ausmaß reden wollen, so sind wir auf verschiedene Hilfsmittel angewiesen, die zu anderen Zwecken Mittelungen über diese Frage enthalten. Das ist besonders beachtlich in wirtschaftlich so reich bewegten Zeiten wie die Gegenwart. Von dem Mangel zu beheben, hat der weitläufige Minister für Handel und Gewerbe (und in den anderen Bundesstaaten in manchen Bezirken) die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, in ihren nächsten Jahresberichten über die Höhe der Löhne der Arbeiter, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter zu berichten. Die Erhebungen sollen sich auf die wichtigsten Gewerbearten auch im Vergleich mit den früheren Löhnen und der Kriegszeitung sowie auch darüber erstrecken, welche Versäumnisse die Gewerbeaufsichtsbeamten gemacht haben, um für ihre Arbeiter die Forderung und die Verhütung der Lohnsenkung in irgendwelchen Gewerbearten zu mildern. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen zu dem Zwecke auch Anträge bei den Arbeitern selbst vornehmen. Eine hiergegen aus Arbeitgebern an den Bundesminister gerichtete Beschwerde (1) ist von diesem bereits zurückgewiesen worden.

Die Maßnahmen in nur zu begrenzen, obwohl die Erhebung unvollständig durchgeführt wird. Zu bedauern ist nur, daß der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten erst nach

dem Kriege wieder erscheinen. Sie werden dann viel an ihrem Werte für die praktische Arbeit eingebüßt haben. Auch aus anderen Gründen bildet das Fehlen der Berichte einen großen Mangel.

sk. Nach Arbeitslohn können für die Zeit der Teilnahme an der Kontrollbescheinigung Lohnzahlung vorzuziehen. Eine Anzahl in der Statistik von N. in S. gegen Arbeitslohn angegebene Arbeiter hatten im Herbst 1915 an der Kontrollbescheinigung teilgenommen. Sie verlangten für die Stunden der Behinderung die Arbeitsvergütung. Diese wurde ihnen verweigert, und sie beschwerten den Arbeitsrat. Das Gewerbegericht Charlottenburg verurteilte mit Entscheidung vom 30. Dezember 1915 die Arbeitsrat zur Zahlung. Aus den Gründen: Nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird der Arbeitnehmer des Anspruchs auf die Vergütung dadurch nicht verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Die Beklagte behauptet auch nicht, daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Falle der Teilnahme des Arbeiters an einer Kontrollbescheinigung Anwendung zu finden hat, ist aber der Auffassung, daß diese Vorschrift bei Arbeitsverhältnissen nicht Platz greife. Die Bedeutung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches habe nur Arbeitsverhältnisse im Auge, bei denen der Dienstverpflichtete dem Dienstberechtigten seine Dienste für bestimmte Zeit zur Verfügung stelle und das Entgelt hierfür zu bestimmten Zeitabschnitten berechnet werde, aber nicht davon abhängig sei, ob von der Berechtigten des Verpflichteten, Dienste zu leisten, Gebrauch gemacht werde oder nicht. Diese Ansicht ist rechtmäßig. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gilt sowohl für Arbeitnehmer, die auf Zeit- wie auch auf Arbeitslohn (Zustimmung) angeworben sind. Dagegen spricht der Wortlaut der Bestimmung, der Sinn der Vorschrift und schließlich auch der erkennbare Wille des Gesetzgebers. Bei Beratung der hier freigelegten Bestimmung habe die Reichsversammlung eine Beschränkung dahingehend eingefügt, daß die Vergütung im Falle geringfügiger Behinderung des Dienstverpflichteten nur dann „vom Arbeitgeber“ zu leisten sei, wenn die Vergütung nach Zeitabschnitten bestimmt sei. Bei „Zustimmung“, zum Beispiel in Ansehung des Spielmanns eines Schauspielers, solle der „Dienstverpflichtete“ auch die Kosten verhältnismäßig geringfügiger Behinderungen tragen. Dieser Zusatz wurde aber von der Reichsversammlung angelehnt, welche sowohl den Fall des Zeit- als auch des Arbeitslohn gewöhnlich wolle.

Allgemeine Rundschau.

Zuckerertrag. Der Zuckerfachverständige des Kriegsaussschusses für Konsumanteninteressen schreibt — nach Erteilen der Zuckerertrags-Bestimmungen für das Jahr 1916/17 folgenden Interessent — über die Zuckerfabrik (Raffinerie) Braunkohlenthal: Sie erzielte im Betriebsjahre 1915/16 folgendes Ergebnis: Nach Abzug der „vertragsmäßigen“ Jahresgewinnanteile und Abschreibungen von M. 400.000 wurden auf das Aktienkapital von M. 8.500.000 M. 1.750.000 (20%) Dividende verteilt, M. 100.000 wurden für Kriegszufolge ausgesetzt und M. 200.000 auf neue Rechnung vorgetragen. — Demgegenüber zeigt das Kriegsjahr 1914/15 folgendes Ergebnis: Auf das Anlagekapital von M. 2.750.000 wurden M. 1.300.000 abgeschrieben, für Kriegszufolge wurden M. 400.000 ausgewendet und weitere M. 700.000 zurückgestellt, wobei einer etwaigen Ueberwälzung dieser Gesamtsumme von M. 1.100.000 weiter vorwiegend Rechnung getragen wurde. Nachdem sodann nach die „Inzahlungsgewinnen“ und „vertragsmäßigen Gewinnanteile“ (die Höhe wird im Jahresbericht nicht angegeben) abgesetzt wurden, verbleibt ein Reingewinn von M. 4.000.000, so daß sich das Aktienkapital mit mehr als 80% im Kriegsjahr 1914/15 vergrößert hat. Hiernach hat es nun noch gezeigt, daß, wie schon anlässlich der letzten Bericht, die Regierung die Zusammenarbeit zwischen Zuckerfabrik und Zuckerverarbeiter beziehungsweise gemischten Meiß, dem künftigen Volksnahrungsmittel der Zuckerfabrikation, für die Kamagne 1916 von M. 3,50 auf M. 4 für den Zentner erhöht hat.

Ueber die Raffinerie Zangermünde, der größten Deutschlands, wird folgendes berichtet: Verarbeitet wurden im Betriebsjahre 1915/16 rund 4500.000 Zentner Rohzucker, der Jahresgewinn betrug einschließlich eines Vortrages aus 1913 M. 1.400.000, mithin 30% auf den Zentner verarbeiteten Rohzuckers. Von dem Gewinn wurden folgende Rückstellungen vorgenommen: M. 150.000 freie Rücklage, M. 25.000 an den Arbeiterausschuß, M. 25.000 an den Beamtenausschuß. Auf das Aktienkapital wurden 15% Gewinnanteil bezahlt und nach Abzug der Anteilgebühren für den Ausschuss M. 130.000 auf neue Rechnung vorgetragen. Das erste Kriegsjahr 1914/15 hatte folgendes Ergebnis: Verarbeitet wurden nur 2800.000 Zentner Rohzucker, während der Reingewinn M. 3.125.000, mithin M. 1,11 für einen Zentner Rohzucker, also fast das Vierfache des vorangegangenen Friedensjahres betragen hat. Leider fehlt die bei der Größe des Unternehmens) sicher sehr beträchtliche Summe für Abschreibungen. Die Verteilung des Reingewinns zeigt im Vergleich zum Vorjahre folgende fastliche Differenz: Freie Rücklage zur Bildung einer Sonderumlage für Gemeinnützer M. 450.000 und (vorwiegend) für den gleichen Zweck „zur Aufbesserung“ weitere M. 50.000. 20% Gewinnanteil gleich M. 1.400.000 anfallen auf M. 7.400.000 alte und 30% pzt. Gewinnanteil gleich M. 600.000 auf M. 2.000.000 neue „Stammanteile“. M. 150.000 erhält der Ausschuss, M. 340.000 der Rohzucker-Ausschuß für Arbeiter und Beamte und M. 21.000 werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresbericht begründet das günstige Ergebnis in der Hauptsache mit einer „sehr notwendigen Preissteigerung“ aus vorangegangener Zeit. — Bedenken und Verantwortlichkeit müssen im Interesse unserer Sachhaltens auch aus diesen Geschäftsabläufen das Unberechtigte der geordneten Zuckerpreissteigerung, dafür aber die Notwendigkeit einer Preisermäßigung folgern.

Gegen die Gerüchternichtung durch übermäßige, der jetzigen Zeit unangemessene Preisbildung richtet sich eine Eingabe des Kriegsaussschusses für Konsumanteninteressen an

das Kriegsernährungsamt. Danach soll Geiß, wenn die Brauerei nicht auf die für Hauswirtschaftliche Menge beschränkt werden könne, höchstens in der für Maßnahme (300.000 Dornen) im Ausschicht genommenen Höhe weiterarbeiten. Die so genommenen 400.000 Dornen will der Ausschicht für Gruppen und Gärten, die Bier für Schenkungen, also zur Zeit- und Preisermäßigung bereitgestellt werden. Man darf hoffen, daß die maßgebenden Stellen in letzter Stunde diesen berechtigten Wünschen entgegenkommen.

Spätkurs am 7. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag für 1916 (8. bis 14. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen
Samstag, 8. Oktober:
Göttingen a. d. R.: Raum 10 Uhr im Restaurant „Göttinger“.
Mittwoch, 11. Oktober:
Göttingen a. d. R.: 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Götting 42/4.
Samstag, 14. Oktober:
Göttingen: Gasthaus „Zum weißen Hirs“, Wengelerstraße 105.

Anzeigen
Nachruf
Wir schickten die traurige Nachricht, daß unser Kollege
August Peppmüller
Mittelschiff, Inhaber des Ehrenkreuzes Kreuzes, dem grauenhaften Weltkrieg zum Opfer gefallen ist.
Peppmüller ist 32 Jahre alt geworden und war in unseren Reihen ein treuer, eifriger Vorstandsmitglied. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
[M. 450] Die Zeitliche Beileidung.

Nachruf
Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Kollege
Otto Widder
im Alter von 21 Jahren.
Seine Bekanntheit unter den Kollegen bleibt uns in ehrendem Andenken.
Zeitliche Beileidung.

Ein tüchtiger Herrmann
(vollkommen miltärisch) zur Bekämpfung einer neuen
Marsipanfabrik
[M. 6]
gegründet. Nur durchaus sachkundige Fachleute können in Frage. Gef. Angabe unter H. V. 838 an
Hauptmann & Rogler H. G., Hamburg.

Prima Backpulver
mit la Trichter, vorzüglich im Geschmack,
1 Karton mit 100 Beutel M. 6,50,
bei 2 Kartons franco.

Sojes Backpulver
in 5-Kilo-Packungen, à Beutel M. 3 franco.

Ferment-Werk, Bad Homburg
Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derhass, Schneidemeister, Hengasse 2, 1. E.

REIDL'S
RZR
BACK PULVER
bei 9 Pfd. à M. 1,60
ab 25 - à - 1,50
- 50 - à - 1,40
- 100 - à - 1,20
ab Station Dresden gegen Nachnahme
Grossaktion Sonderpreise
Mehlmittelabriken
Rudolf REIDL
Dresden-D.
Hennsdorfer Straße